

Hamburg, 10. Dezember 2024

## „Richtiger und überfälliger Schritt zur Reform der Zuwendungsfinanzierung“

**Präsidiumsvorsitzende der AWO begrüßt Beschluss der SPD, die Praxis der Zuwendungsfinanzierung bei sozialen Angeboten reformieren zu wollen**

In ihrem jetzt veröffentlichten Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl haben die Delegierten der SPD beschlossen, „die Praxis der Zuwendungsfinanzierung zu reformieren und soziale Projekte und Dienstleistungen, die mit einem Rechtsanspruch der Bürger\*innen hinterlegt sind oder deren Laufzeit mehr als fünf Jahre beträgt, in eine geschlechtergerechte Vollfinanzierung zu überführen.“ Auch das Antrags- und Genehmigungsverfahren soll vereinfacht und bezirklich vereinheitlicht werden, um die Antragsteller und die Zuwendungsgeber zu entlasten.

Die Präsidiumsvorsitzende der AWO Hamburg, Jutta Blankau, begrüßt diesen Beschluss und kündigt an, dass die AWO weiterhin auf die Umsetzung dieser Reform drängen wird.

**Jutta Blankau, Präsidiumsvorsitzende der AWO Hamburg:** „Die Praxis der Zuwendungsfinanzierung zu reformieren, ist ein längst überfälliger Schritt – daher begrüße ich den Beschluss der SPD. Viel zu lange schon müssen Träger der sozialen Wohlfahrtspflege, wie die AWO Hamburg, Finanzierungslücken selber füllen und das, obwohl sie Dienstleistungen erbringen, für die es einen Rechtsanspruch der Bürger gibt oder die zur sozialen Daseinsvorsorge zählen. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Beratungsangebote müssen dauerhaft auskömmlich finanziert werden. Einen entsprechenden Antrag hat die AWO Hamburg bereits auf ihrer Landeskonzferenz verabschiedet. Daher werden wir weiter darauf achten, dass die Reform auch umgesetzt wird. Ansonsten wären viele der sozialen Angebote der AWO in ihrem Bestand gefährdet.“

### Hintergrund:

Bislang werden zuwendungsfinanzierte soziale Dienstleistungen von Trägern wie der AWO Hamburg in der Regel durch das Land oder die Bezirke fehlbedarfsfinanziert. Das heißt, der Träger muss einen finanziellen Eigenanteil selber tragen, Sach- und Personalmittel sind eng definiert. Und das, obwohl diese Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Erziehungs- oder Sozialberatung im AWO Kinder- und Familienhilfezentrum (KiFaZ) einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten. Auch wenn die Angebote häufig schon viele Jahre oder gar Jahrzehnte bestehen, müssen sie alljährlich neu beantragt werden. Das bedeutet für Träger und Beschäftigte einen enormen Aufwand und vor allem Unsicherheit. So müssen Arbeitsverträge häufig befristet werden. Von dieser Unsicherheit sind besonders Frauen betroffen, da vor allem sie in der sozialen Projektarbeit beschäftigt sind. Die jährlich

befristete Laufzeit der Projekte erschwert zudem die Suche nach geeignetem Fachpersonal im ohnehin angespannten Markt erheblich.

### **Über die AWO Hamburg**

Mit mehr als 130 Einrichtungen gehört der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V. zu den sechs Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in der Hansestadt. Seit über 100 Jahren setzt sich die AWO Hamburg mit derzeit rund 800 Ehrenamtlichen und 1400 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter anderem für Kinder, Jugendliche und Familien, sozial Benachteiligte, Migrantinnen und Migranten sowie für Seniorinnen und Senioren ein.

### **Pressekontakt:**

Frank Krippner  
AWO Landesverband Hamburg e.V.  
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: 040 – 41 40 23 - 400  
[frank.krippner@awo-hamburg.de](mailto:frank.krippner@awo-hamburg.de)  
[www.awo-hamburg.de](http://www.awo-hamburg.de)